

Protokoll ABSP-Treffen am 10.04.15 in Magdeburg

Moderation: Zeitz
Protokoll: Halle (Saale)

Beginn: ca. 12.45 Uhr
Ende: ca. 17.15 Uhr

Anwesend: 2 x Zeitz, Halle, Göttingen, Gießen, 2 x Magdeburg, Braunschweig, Dresden

Unterlagen:

- Expertisenentwurf für die Linke zur Lohnsteuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns
- [Protokoll letzte Sitzung](#)
- [Einladung](#)

TOP 1 Formalia

Begrüßung Göttingen, Moderation Zeitz, Protokoll Halle, Vorstellungsrunde entfiel
Tagesordnung:

1. Formalia

Die Protokollverabschiedung erfolgte später erst nach der Pause mit einer Enthaltung.

2. weitere Schritte zur Verbreitung der Kampagne 500/10 (steuerfrei)
 3. Planungen für ein Treffen im Juli 2015 - wenn möglich in Leipzig – 10 Jahre ABSP
 4. Aktuelles
- (4.1 Anpassung Schonvermögen SGB II an SGB XII)

TOP 2. weitere Schritte zur Verbreitung der Kampagne 500/10 (steuerfrei)

Besonders positiv ist die Akzeptanz des Flyers bei Streiks wegen der Forderung nach der Anhebung des steuerrechtlichen Grundfreibetrags – sprich Steuersenkungen für die Beschäftigten.

Es gab eine Analyse des Standes bei der Flyerverteilung.

Auf der Webseite www.die-soziale-bewegung.de/2015/existenzminimum_schuetzen/ kann man eine Übersicht über die Umsetzung in den politischen Gremien z. B. bei der IGM und bei der bundesweiten Montagsdemo erhalten, auch über Aktivitäten in einzelnen Städten.

Die Linkspartei in Niedersachsen forderte eine Expertise¹ zu dem Beschluss des Landesparteitags an, damit dieser beim Bundesparteitag behandelt werden kann.

Wahrscheinlich beschließt auch die Landespartei der Linken die Unterzeichnung des [Flyers](#).

Zur ver.di Bundeserwerbslosenkonferenz:

Ende März 2015 lehnten die Erwerbslosen von ver.di den Beitritt zur Bündnis-Plattform 500-10 (steuerfrei) ab. Dies geschah mit der Bemerkung, dass ja niemand das Bündnis kenne (Tacheles, das Elo-Forum und die ALSO sind namhafte Mitglieder neben Klartext-Info und dem Rhein-Main-Bündnis). Absurd ist dies, weil die alte Forderung der Triade 500/30/10 schon vor vielen Jahren durch verschiedene ver.di-Gremien unterstützt wurde. Aber auch die „500/10 lohnsteuerfrei“- Forderung.

Scheinbar ging es der Mehrheit um die Blockierung der Forderung nach der Lohnsteuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns, um nicht die alte 500 €-Forderung im Gremium umsetzen zu müssen und sich dabei die Blöße zu geben, dass sie 2011 die nur 8,50 € gefordert hatten und weder die 500 € noch die 10 € als Forderungen ernsthaft in ver.di unterstützt hatten.

[Sehr wohl gab es Beschlüsse zu Kombilohnmodellen: BGE und Kindergrundsicherung.]

Beim ABSP-Treffen wurde vertiefend über die Höhe des Existenzminimums gesprochen, über die Unterschiede in der Sozialhilfe, beim SGB II, bei Aufstockern, bei Vollzeitbeschäftigten im derzeitigen Mindestlohn.

Im Ergebnis entstand im umfassenderen Bericht eine [Tabelle](#), die Teile der Expertise vertiefend veranschaulicht.

Der [Unterschied zwischen Werbungskostenfreibetrag und Mehrbedarf](#) von Beschäftigten wurde noch einmal erklärt, um die Überbesteuerung auch nach 1996 zu verdeutlichen.

Der steuerrechtlich wiederanzuerkennende Mehrbedarf muss nicht nur den Erhalt der Beschäftigung

¹ http://www.dielinke-nds.de/fileadmin/leopold/Kampagne_Das_muss_drin_sein/Expertise_20150413_Steuerfreiheit_Mindestlohn_Roth.pdf

sondern auch die Möglichkeit einer Beschäftigung gewährleisten.
Dies kann nur mit einer realistischeren Regelleistungshöhe erreicht werden.

Bei der Diskussion zur Expertise gab es nicht nur Nachfragen, sondern auch wichtige Hinweise.

- Die Freibeträge (Absetzbeträge) gemäß § 11b SGB II oberhalb von 100 € werden in [Magdeburg](#) nur noch nach Gutsherrenart anerkannt.
- In [Braunschweig](#) beantragen nur 30 % der Aufstockungsberechtigten die Leistungen laut einer Statistik
- Viele nutzen den Werbungskostenfreibetrag wegen der Gängeleien der Arbeitgeber und der Verfolgungsbetreuung durch Armutsagentur/Jobcenter gar nicht aus. Es besteht dadurch die Gefahr, dass das Existenzminimum von Beschäftigten am Ende deshalb gekürzt wird, aber auch die Höhe der Regelleistung und der Warmmiete in der Sozialhilfe.
- Die [Mobilität ob mit oder ohne Beschäftigung](#) ist ein noch anderes zu diskutierendes Problem.

Zur Mangelernährung muss gesagt werden, dass das Dortmunder Institut systemisch reagiert hat, damit das Statistik-Modell für die Politiker auch weiterhin benutzt werden kann ([mehr](#)).

Zur Mitverantwortung der [HartzIV-Parteien](#)

Zu den Positionen der Partei die [LINKEN](#)

Linke [gegen jegliche Tolerierung von Kürzungs- und Kriegsparteien](#)

Eine längere Aussprache erfolgte über einen eigenständigen jährlichen Aktionstag für das Existenzminimum?

Es folgte eine Diskussion über die Bündnispolitik und über den [Konsens](#) in einem Bündnis.

Minimalforderungen sind konkret und sollten nicht aufgeweicht werden.

Derzeit schafft die gegenwärtige Minimalforderung (Grundfreibetragsanhebung und Steuersenkung) sehr gute Voraussetzungen für kleine, aber wirksame Aktivitäten.

Wesentliches Feld zur Umsetzung der Forderungen (Gremienarbeit)

- **Mit der Möglichkeit den neuen Flyer verteilen zu können hat der Aktionsmonat längst begonnen.**
- **Der Aktionsmonat endet mit dem Bundesparteitag der Linken Anfang Juni.**
- **Es wurde der Vorschlag debattiert, dass jährlich der 8. Mai als ein Protesttag der HartzIV-Gegner genutzt werden sollte, mit dem Hinweis auf das, was den Faschismus an die Macht gebracht hatte. Aber auch das erste Wochenende nach dem 1. Mai. Vielleicht eine zentrale Veranstaltung pro Jahr.**
- **Auch der 3. Oktober wäre geeignet, um mit den Forderungen der Prekären die Jubelfeiern zu stören.**

Es gab den Vorschlag nach einer Verkürzung des aktuellen Flyers bzw. eines kürzeren neuen Flyers. <http://www.75euromehr.de/>, dafür wird in Göttingen eine Webseite erstellt.

TOP 3 Planungen für ein Treffen im Juli 2015 - wenn möglich in Leipzig – 10 Jahre ABSP

Das Langprotokoll vermittelt etwas zur [Geschichte](#) des ABSP und Leipzig.

Im Ergebnis der [Diskussion](#) wird Leipzig als Jubiläumsveranstaltungsort im Juni/Juli 2015 ohne Beschluss ohne jeglichen Widerspruch verworfen. Eine größere Veranstaltung kann nicht einfach gestemmt werden.

Es müssten zu viele direkt rechtzeitig angesprochen werden, Emails allein tun dies nicht.

Es stellte sich heraus, dass es noch keine konkreten Planungen für eine Jubiläumsveranstaltung gibt.

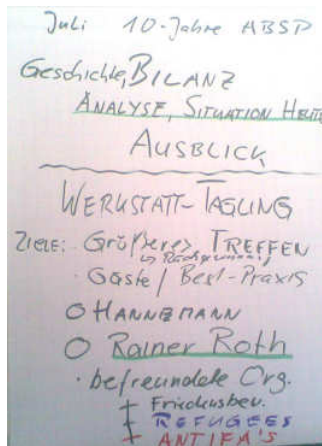


Bild als ein Ergebnis der Diskussion

Bei einer Mittwochsattache (attac Leipzig) in Leipzig ist Ende Juni geplant, eine afrikanische Aktivistin gegen die internationale Finanzpolitik auftreten zu lassen. Rainer Roth könnte diese Veranstaltung ergänzen mit unserem Thema Lohnsteuerpolitik und Kombilohnpraxis und damit unsere Jubiläumsveranstaltung helfen vorzubereiten.

Auch gäbe es die Leipziger Filmtage im August für Aktivitäten unsererseits.

Probleme im Leipzig wären: Wer macht mit? Bekommen wir die Gewerkschaften ins Boot?

Z. B. eine Infoveranstaltung wäre nicht schlecht, warum unsere Gegner gegen die Besteuerung des Mindestlohns sind.

Es gab den Vorschlag eine Veranstaltung gemeinsam mit der RLS Anfang Herbst 2015 vorzubereiten.

Mögliches Motto: „Das ABSP als ein Bestandteil sozialer Bewegungen in Deutschland“.

Die Diskussion zur PEGIDA war kontrovers:

Eine Auffassung:

Die Themen PEGIDA und Lohnsteuerfreiheit kann man schlecht an einem Tag mit einander behandeln, obwohl natürlich offensichtlich ein Zusammenhang besteht. Nacheinander in einem größeren Zeitrahmen ja.

Aber der Samstag ist ein ungünstiger Tag, weil der Vormittag zu knapp ist. (10 Uhr ist als Beginn wäre vielleicht noch machbar.) An einem Samstagnachmittag kommt aber keiner, ein Freitag-Nachmittag wäre günstiger.

Die Andere:

Angst und Verunsicherung kann kanalisiert werden. Unsere Kampagne verteidigt das Existenzminimum. Diese Themen passen zusammen [auch komprimiert!].

TOP 4 Aktuelles

Ein offener Punkt in der TO:

Schonvermögen in SGB II und in SGB XII (dies ist deutlich niedriger).

Das übernächste Treffen als Jubiläumsveranstaltung in Magdeburg.

Aktuelles und für die Planung zu Berücksichtigendes:

- Nächstes Treffen: Mitte-Ende Juni/Anfang Juli ein Treffen in Göttingen. (13.6./20.6./27.6)
- Im Herbst ist bei der IGM ein Gewerkschaftstag.
- Am 10. Oktober möchte attac ca. 300 Tausend gegen TTIP nach Berlin mobilisieren.